

Politische Parteien - notwendiges Übel?

Zusammenfassung: *Nach bisher herrschender Auffassung sind politische Parteien notwendig für das Funktionieren der Demokratie. Fast ebenso verbreitet sind mittlerweile aber die Zweifel an der fachlichen und moralischen Kompetenz von Parteien. Insofern gelten Parteien heute als notwendiges Übel.*

Bei genauerer Analyse erweisen Parteien sich aber keineswegs als ein notwendiges Übel, sondern als ein vollkommen unnötiges. Sorgfältig konzipiert, könnte ihre Entmachtung Politik auf ein weit höheres Qualitätsniveau heben, als man es von der Parteiendemokratie kennt.

Politische Parteien sind im Laufe der jüngeren Demokratiegeschichte fast so selbstverständliche Einrichtungen geworden wie Familie oder Schule. Ohne Parteien, so die gängige Vorstellung, kann es keinen Staat und keine Gesellschaft geben, die den Ansprüchen der Bürger genügen. Das Parteienwesen gilt daher noch immer als unentbehrliche Grundlage, wenn nicht sogar als Motor der Demokratie.¹ Auch wenn - u.a. in der sinkenden Wahlbeteiligung - die Bürger zunehmende Parteienverdrossenheit signalisieren, wird den Parteien doch immer noch zugebilligt, dass sie notwendige politische Basisarbeit leisten. Slogans in der Art von *Parteien?-Nein-danke!* oder *Wählt ihr noch, oder denkt ihr schon?* stoßen daher vorerst noch auf hartnäckige Widerstände. Die Reaktionen reichen von brüsker Ablehnung bis zur erstaunten Rückfrage, ob Politik denn ohne Parteien überhaupt funktionieren kann.

Aber schon diese Frage ist falsch gestellt. Sie ist falsch, weil Politik *mit* politischen Parteien offenkundig zu leistungsschwach ist. Die zeitgemäße Frage ist daher nicht mehr, *ob* es ohne Parteien geht, sondern *wie*. Irgendwie muss es mit der Politik besser werden, als es in der Parteiendemokratie nach allem Anschein möglich ist. Es muss besser werden, auch wenn - oder gerade weil - Politik zunehmend komplizierter wird und sie daher immer höhere Anforderungen an ihre Akteure stellt. Wenn eine auf Parteienmacht gegründete Demokratie dies nicht leistet, dann ist es höchste Zeit für Alternativen.

¹ S. hierzu auch B. Wehner, „*Model T“ der Demokratie: der Parteienstaat* ([http://www.neopolis.info/files/parteienstaat - das_model_t_der_demokratie.pdf](http://www.neopolis.info/files/parteienstaat_-_das_model_t_der_demokratie.pdf)).

Natürlich haben politische Parteien Aufgaben, die in jedem funktionierenden Staat erfüllt werden müssen. Deren wichtigste ist die Sichtung und Auswahl von politischem Führungspersonal.²

Ein gut funktionierender Staat braucht in der Tat fachlich wie moralisch hoch qualifizierte politische Mandatsträger. Einzelpersonen haben es aber schwer, die Bürger von ihrer Qualifikation zu überzeugen und damit Wahlen zu gewinnen. Die Zugehörigkeit zu einer bekannten politischen Organisation ist daher ein Merkmal, das den Bürgern die Wahlentscheidung für oder gegen eine Person leichter macht. Deswegen liegt es durchaus im Interesse der Bürger, dass solche Organisationen die Vorauswahl von Kandidaten für politische Mandate vornehmen. Der Glaube aber, diese Organisationen müssten Parteien im herkömmlichen Sinne sein, ist ein historischer Irrtum.

Welche Organisationsformen als Parteienersatz?

Dass ein auf Parteien gegründeter Staat per se leistungsschwach ist, hat einen einfachen, aber immer noch zu wenig beachteten Grund. Parteien treten mit dem Anspruch auf, in der Politik als ganzer kompetent zu sein, also das Ganze der Politik zu verstehen und es vermitteln, gestalten und beherrschen zu können. Diesen Anspruch saugen Parteimitglieder mit der politischen Muttermilch auf. Vom kleinen Ortsverein bis zum Bundesvorstand sind Parteimitglieder und -gremien mit dem Ganzen der Politik befasst. Dies gibt Parteimitgliedern auf allen Hierarchieebenen das Gefühl, über das Ganze der Politik mitreden und mitentscheiden zu sollen. Auch die allermeisten Bürger nehmen - geprägt von politischer Schulbildung, von den politischen Medien und eben auch vom Auftreten der Parteien - diesen Anspruch noch für selbstverständlich. Politische Wirklichkeit ist aber, dass Parteien und Parteipolitiker mit diesem Anspruch zunehmend und hoffnungslos überfordert sind. Die politische Allzuständigkeit birgt daher immer größere Risiken. Sie erzeugt systematisch überforderungsbedingte Fehlentscheidungen in allen Politikbereichen.

Die naheliegende Konsequenz hieraus wäre natürlich, auf Parteien, die für das Ganze der Politik zuständig sind, zu verzichten und sie womöglich per Verfassung zu verbieten. An die Stelle der Parteien müssten dann neuartige politische Organisationen treten, die vor überforderungsbedingtem Dilettantismus bestmöglich gefeit sind.

Welche Art von Organisationen dies sein könnte, beantwortet sich fast von selbst. Es müssten Organisationen sein, die nur für überschaubare Bereiche von Politik zuständig sind, für eng abgegrenzte Politiksparten also, für deren Verständnis und

² Demokratien wären nur dann nicht auf die Personalangebote der Parteien angewiesen, wenn wichtige politische Sachfragen vorrangig durch Volksabstimmungen entschieden würden. Dies würde aber die Leistungsfähigkeit der Demokratie natürlich weiter verschlechtern. S. hierzu auch B. Wehner, *Die Logik der Volksentscheide*, http://www.neopolis.info/files/logik_der_volksentscheide.pdf.

Beherrschung menschliche Fähigkeiten ausreichen. Diese Sparten könnten mindestens teilweise den herkömmlichen Politikressorts entsprechen. An die Stelle allzuständiger Parteien könnten in einer reformierten Demokratie also Organisationen treten, die auf Sparten wie Friedenspolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Geldpolitik, Umwelt- und Klimapolitik, Infrastrukturpolitik, Kultur- und Bildungspolitik oder Rechtspolitik spezialisiert sind. Solche Organisationen könnten sich dann zur Aufgabe machen, Führungspersonal für ihre jeweilige Politiksparte zu rekrutieren und den Bürgern zur Wahl zu stellen. Damit hätten sie für ihre jeweilige Sparte zwar eine Funktion, die denen herkömmlicher Parteien nicht unähnlich ist. Dennoch sollte man solche Organisationen nicht als Parteien bezeichnen, um Rückfällen in parteienstaatliche Denkkategorien vorzubeugen.

Die damit vollzogene Entmachtung der allzuständigen Parteien wäre schon eine weitreichende Systemreform, die daher in systemkonservativen Kreisen eher zurückhaltend aufgenommen würde. Dennoch würde deren Sinn sofort einleuchten. Der Sinn wäre, die Anforderungen an Kandidaten und ihre Organisationen auf ein menschliches Maß zurückzuführen und damit Kompetenz zu ermöglichen, wo vorher nur Scheinkompetenz herrschte. Wahlen würden nach einer solchen Systemreform getrennt für einzelne Politiksparten abgehalten, und keine Organisation würde für mehr als eine Sparte Kandidaten aufstellen. Auch für Wähler würde Politik dadurch überschaubarer und verständlicher. Sie müssten Wahlentscheidungen nicht mehr zur Politik als ganzer treffen, sondern nur zu jeweils einem Politikbereich. Sie könnten dann sogar guten Gewissens in einzelnen Politiksparten Wahlenthaltung üben, in denen sie sich keine kompetente Wahlentscheidung zutrauen.

Übergangsszenarien

So plausibel ein solches Szenario aber spontan erscheint, so berechtigt sind natürlich besorgte Fragen zum Übergangsprozess. Welche Folgen, so wird gefragt, hätte diese Verselbstständigung von Politiksparten für das politische Institutionengefüge? Würden die alten Parteien von heute auf morgen verschwinden? Und vor allem: Was würde aus dem vermeintlichen Hirn und Herz der herkömmlichen Demokratie, also dem Parlament?

Natürlich darf die Abkehr vom Parteienstaat nicht überstürzt erfolgen, und natürlich darf das herkömmliche Parlament nicht überstürzt abgewickelt werden. Dies aber ergäbe sich ohnehin fast von selbst. Die alten Parteien könnten nämlich Politik zunächst weiter für jene Ressorts betreiben, für die sich noch keine Spartenorganisationen als Parteiennachfolger herausgebildet haben. Das vormalige Parlament bliebe damit vorerst ohnehin als Institution erhalten. Es könnte darüber hinaus vorübergehend als institutioneller Mantel fungieren, der die auf einzelne Politiksparten spezialisierten, nur für eine Sparte stimmberechtigten Abgeordneten aufnimmt. Das Parlament bliebe mit seiner bestehenden Infrastruktur dann vorerst

der physische Ort, an dem politische Entscheidungen zu allen Politiksparten getroffen werden.

So gesehen, könnte eine solche Demokratiereform auf den ersten Blick wenig spektakulär erscheinen. Die Parteien wären zwar weitgehend entmachtet, aber das alte Parlament bliebe formell erhalten - und mit ihm viele vertraute politische Rituale und vertraute politische Symbolik. Der Charakter von Politik wäre zwar grundlegend verändert, dies aber ohne jeden revolutionären Anschein.

Von der herkömmlichen Parteiendemokratie könnten sogar noch weitere Grundstrukturen für längere Zeit erhalten bleiben, und zwar auch dann noch, wenn Politik fast vollends in eigenständige Sparten aufgeteilt wäre. Es könnte nämlich vorerst weiter einen Regierungschef mit ressortübergreifender Richtlinienkompetenz geben, an dessen Wahl dann alle Parlamentsabgeordneten, die Abgeordneten aller Politiksparten also, teilnehmen könnten. Es könnte auch weiterhin einen ressortübergreifenden Staatshaushalt geben, über den dann ebenfalls alle Parlamentsabgeordneten abstimmen würden. Den alten Parteien böte dies die Chance, sich auf Richtlinienkompetenz und Haushaltspolitik als Restzuständigkeiten zu spezialisieren. Mit dieser geschrumpften Zuständigkeit könnten sie dann durchaus noch für längere Zeit eine wichtige politische Rolle spielen.

Die Aussicht hierauf könnte womöglich mithelfen, Ängsten vor vermeintlichen Risiken einer solchen Systemreform vorzubeugen. Die Bürger könnten sich bei solchem Reformprozess schrittweise davon überzeugen, dass ein Staat ohne allzuständige Parteien und Politiker tatsächlich besser funktioniert als ein herkömmlicher. Im Rückblick dürfte dann auch zunehmend klarer werden, dass herkömmliche Parteien nie ein notwendiges Übel waren, sondern eines, an das man sich ohne Not gewöhnt hatte.

Die weitere Anpassung der Staatsordnung im neokratischen Sinn, die konsequente Spartengliederung von Politik also bis hin zur Aufgabe ressortübergreifender Richtlinienkompetenzen und ressortübergreifender Staatshaushalte, vollzöge sich dann in einem gleitenden Reformprozess. Dann ginge schließlich auch die Epoche ressortübergreifender politischer Macht ganz zu Ende und damit die Epoche ressortübergreifenden Machtmissbrauchs, der die herkömmliche Demokratie immer wieder heimgesucht hat.

08 – 2010

www.parteien-stop.de

www.neopolis.info